

Deutscher Bundestag
1. Untersuchungsausschuss

16. April 2018

210

Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
der 19. Wahlperiode

Ausschussdrucksache

19(25)228

16.04.2018

Handwritten signature and date
16/4

Stellungnahme Dr. Alexander Eisvogel

zur Anhörung am 26. April 2018

„Gewaltbereiter Islamismus und
Radikalisierungsprozesse“

1. Welche gemeinsamen Merkmale liegen der Zuordnung von Organisationen, Aktionen und Haltungen zu islamistischen Strömungen und der Abgrenzung von muslimischen Verbänden zugrunde?
 - Hinsichtlich der Ideologie, der Feindbilder und der politischen Ziele
 - Hinsichtlich der Berufung auf bestimmte islamische Autoritäten
 - Hinsichtlich typischer Aktions- und Handlungsformen
 - Hinsichtlich typischer Organisationsformen
 - Welche wichtigen Wandlungen und Entwicklungen des Islamismus sind für den Zeitraum zwischen 2011 und 2017 hervorzuheben?

Alle islamistischen Strömungen sowie alle muslimischen Verbände berufen sich auf „den Islam“. Da es im Islam, im Unterschied etwa zu christlichen Kirchen, vor allem der katholischen, keine allgemein anerkannten und „weisungsbefugten“ und auch „weisungsgebenden“ geistlichen Hierarchien gibt, existieren sehr unterschiedliche Interpretationen des Islam nebeneinander. Welche dieser Interpretationen die „richtige“ ist und den „wahren“ Islam repräsentiert, kann nicht entschieden werden.

Aus Sicht eines ehemaligen Verfassungsschützers liegen islamistische Bestrebungen allein dann vor, wenn sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand bzw. die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten. Den Verfassungsschutz interessieren also ideologische oder gar theologisch begründete Verhaltensweisen allein, wenn sie sich nicht nur gegen die Verfassung schlechthin, sondern gegen bestimmte im (Bundes-) Verfassungsschutzgesetz in Anlehnung an die Rechtsprechung des BVerfGG ausdrücklich erwähnte oberste Wertprinzipien richten. Diese „Grundpfeiler“ unserer Demokratie und unserer freien, rechtsstaatlichen Gesellschaft sind der Prüfmaßstab für alle politischen Bestrebungen und bieten auch die Differenzierungskriterien zwischen islamistischen Strömungen und muslimischen Verbänden.

Allen islamistischen Strömungen gemein ist etwa, dass sie den Islam nicht nur als religiöses Bekenntnis verstehen, sondern als Fundament, nach dem sich die gesellschaftliche Ordnung zu richten hat. Islamisten sind bestrebt, die Gesellschaft, in der sie leben, nach ihrem Verständnis des Islam zu auszurichten und so eine islamische Gesellschaftsordnung, d.h. einen islamischen Staat, zu etablieren. Da das von Islamisten reklamierte und propagierte Islamverständnis in vielen Punkten nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (fdGO) – insbesondere mit den Grundsätzen der Volkssouveränität, der Trennung von Staat und Religion, der freien Meinungsäußerung und der allgemeinen Gleichberechtigung – vereinbar ist, werden islamistische Strömungen von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet.

So streben etwa salafistische Bestrebungen ein Gesellschaftsmodell an, in dem das Recht des Volkes, alle Staatsgewalt in Wahlen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der Exekutive und der Rechtsprechung auszuüben und unsere Volksvertretung in allgemeiner, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen, ausgehebelt wird durch eine Rückorientierung auf eine urislamische Gesellschaft, in der es keine demokratischen Wahlen gab. Sie setzen sich für die Einführung der Scharia ein und stellen damit die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht, die Unabhängigkeit der Gerichte, den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft in Frage. Ebenso wollen sie die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung oder das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition beseitigen, weil sie eine Gesellschaft anstreben, in der Religion, Staatsgewalt und Gesellschaft verschmelzen sollen und welche durch eine z.B. religiös begründete Partei repräsentiert wird. Insbesondere wenden sie sich gegen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, weil sie alle ihre religiösen Vorstellungen nicht teilenden Menschen für Ungläubige und rechtlos erklären oder antisemitische Haltungen propagieren.

Islamwissenschaftliche Analysen und Einschätzungen dienen zur besseren Bewertung und Durchdringung der wahren Ziele und Absichten entsprechender Bestrebungen, sind aber für den Verfassungsschutz kein Selbstzweck. Entscheidungsmaßstab ist stets die Vereinbarkeit mit der Verfassung.

Im Unterschied zu islamistischen Strömungen proklamieren muslimische Verbände, ihr Islamverständnis sei mit der fdGO vereinbar. Muslimische Verbände versuchen, ihren Mitgliedern im Speziellen und Muslimen im Allgemeinen, ein islamkonformes Leben innerhalb der gesellschaftlichen Verfasstheit Deutschlands zu ermöglichen.

Ideologie, Feindbilder und politische Ziele

Politisches Ziel aller islamistischen Bewegungen ist die Schaffung eines islamischen Staates. Die Vorstellungen davon, wie ein solcher Staat „aussehen“ soll, d.h. welche Normen das gesellschaftliche Zusammenleben in diesem Staat regeln sollen, hängen von der ideologischen Ausrichtung der jeweiligen islamistischen Strömung ab und können deshalb sehr unterschiedlich sein. Ebenfalls unterschiedlich sind die Vorstellungen darüber, wie das Ziel, die Schaffung eines islamischen Staates, erreicht werden kann und soll. Das extremste Beispiel ist die Terrormiliz „Islamischer Staat“, die ab 2014 mittels als Jihad deklariertem Terror und Gewalt eine gleichnamige Entität

gründete, verwaltete und zu expandieren trachtete, die als „Kalifat“ auf die islamische Idealvorstellung staatlicher Verfasstheit baute.

Islamistische und vor allem salafistische Ideologie zeichnet sich durch einen ausgeprägten Dualismus aus, in dem die eigenen Anhänger (die einzigen wahren Gläubigen) – und nur und ausschließlich sie – für „das Gute und Richtige“ stehen, und alle anderen (die Ungläubigen) für „das Schlechte und Falsche“. Kontakte zu Anhängern des Schlechten sind – außer zu deren „Bekehrung“ (der sogenannten Da'wa) – zu vermeiden, so die sogenannten politischen Salafisten. Für jihadistische Salafisten ist „Bekehrung“, „Mission“ keine Option, für sie sind alle Ungläubigen zu bekämpfen (im sogenannten Jihad).

Anhänger des politischen Salafismus positionieren sich teilweise ausdrücklich gegen Terrorismus und heben den friedfertigen Charakter des Islam hervor. Sie vermeiden offene Aufrufe zur Gewalt. Gleichwohl ist ein ambivalentes Verhältnis des politischen Salafismus zur Gewalt als Mittel zur Durchsetzung seiner Ziele zu konstatieren, da religiös legitimierte Gewalt nicht prinzipiell ausgeschlossen wird.

In ihrer Islamauslegung beziehen sich Salafisten selektiv auf klassische Werke der islamischen Rechtsliteratur, die im Umgang mit Nichtmuslimen eine starke Affinität zur Gewalt aufweisen. Nach salafistischer Islamauslegung muss der universelle Geltungsanspruch des Islam aufgrund seiner Überlegenheit und nach göttlichem Heilsplan der gesamten Menschheit zuteilwerden. Diese Ziele müssen notfalls mit Gewalt durchgesetzt werden. Damit ist die grundsätzliche Bejahung von Gewalt ein immanenter Bestandteil salafistischer Ideologie.

Zu den islamistischen Feindbildern zählen alle Ungläubigen und die von ihnen geprägten Gesellschaften. Wer zu den Ungläubigen zu rechnen ist, und vor allem, wie mit ihnen „umzugehen“ ist, unterscheidet sich je nach islamistischer Gruppierung. Weit verbreitete Feindbilder sind die USA bzw. „der Westen“ und „die Juden“ bzw. Israel – Antisemitismus ist ein integraler Bestandteil islamistischer Strömungen. Ein zentrales Feindbild, vor allem jihadistischer Salafisten, stellt als „unislamisch“ wahrgenommene staatliche Autorität dar, sowohl der autokratisch regierten überwiegend islamisch geprägten Staaten als auch der „westlichen“ Demokratien. Ein weiteres Feindbild für Salafisten sind Schiiten im Allgemeinen und der Iran im Speziellen.

Berufung auf islamische Autoritäten

Neben den „Klassikern“ islamistischer Ideologie des 20. Jahrhunderts wie Sayyid Qutb (1906 – 1966, hingerichtet) Abu l-Ala Maududi (1903 – 1979) berufen sich Salafisten und auch Jihadisten oft und gerne auf den islamischen Rechtsgelehrten Ibn Taymiyya (1263 – 1328). Auch der „Islamische Staat“ argumentierte wiederholt mit Ibn Taymiyya, z.B. in einem Video zur „Rechtfertigung“ der Verbrennung eines gefangenen jordanischen Piloten Anfang Januar 2015. Für Saudi-Arabien wohlgesonnene Salafisten ist der islamische Rechtsgelehrte Muhammad ibn Abd al-Wahhab (1703 – 1792), dessen strenge Islamauslegung das Fundament des saudischen Staatsislam („Wahhabismus“) bildet, eine Autorität.

Typische Aktions- und Handlungsformen

Innerhalb der salafistischen Szene ist ein Wandel der Aktions- und Handlungsformen festzustellen. Waren es bis vor kurzem noch öffentlichkeitswirksame Aktionen, z.B. die Verteilung kostenloser Korane in Fußgängerzonen durch die „Lies!“-Kampagne oder Gebete auf öffentlichen Plätzen, die von Salafisten als wirksames Mittel zur Propagierung ihrer Ideologie bevorzugt genutzt wurden, ist bei den realweltlichen Aktivitäten von Salafisten inzwischen ein verstärkter Rückzug in private Örtlichkeiten feststellbar. Ein möglicher Grund für diesen Wandel ist der verstärkte staatliche Verfolgungsdruck, wie er sich z.B. im Ende Oktober 2016 durch den Bundesminister des Inneren ausgesprochenen Verbot der Vereinigung „Die Wahre Religion“ (DWR), die die „Lies!“-Kampagne betrieb, zeigt.

Das zweite Standbein salafistischer Aktions- und Handlungsformen ist das Internet und hier vor allem die „sozialen Netzwerke“. Salafisten bedienen sich des Internets sowohl für die Propagierung ihrer Ideologie als auch für die Kommunikation mit Gleichgesinnten. Durch zeitgemäß gestaltete, leicht verständliche, emotionalisierende und damit „attraktive“ Videos und Texte gelingt es salafistischen Akteuren, ihre Botschaft einem breiteren Publikum anzubieten. Die Internetaktivitäten von Salafisten tragen wesentlich zur Radikalisierung der Anhängerschaft bei. Das Internet fungiert darüber hinaus als Rekrutierungsplattform auch für jihadistische Aktivitäten, die aus naheliegenden Gründen immer klandestin sind.

Typische Organisationsformen

Im Unterschied zu anderen islamistischen Gruppierungen hat der Salafismus in Deutschland keine hierarchischen Strukturen. Er verfügt auch nicht über von allen Anhängern gleichermaßen anerkannte Führungspersönlichkeiten. Der Salafismus in Deutschland ist kleinteilig, d.h. lokal bis regional, und häufig auch informell organisiert. Seine Anhängerschaft war und ist in unterschiedlichen Formen organisiert: z.B. als Moscheegemeinde, als (Kultur-)Verein, als Lehr- bzw. Fortbildungseinrichtung, als (Internet-)Verlag. Zu diesen realweltlichen Organisationsformen dazu kommt die Organisation in „sozialen Netzwerken“.

Wie in anderen extremistischen Phänomenbereichen, vor allem im Linksextremismus, ist auch innerhalb des Salafismus eine Aufsplitterung in unterschiedliche Fraktionen zu beobachten, deren Differenzen sich sowohl an ihren ideologischen und aktionellen Präferenzen als auch an ihren jeweiligen, oft charismatischen Anführern festmachen lassen.

Wichtige Wandlungen und Entwicklungen zwischen 2011 und 2017

Das wichtigste Einzelereignis in dem genannten Zeitraum war die Ausrufung des „Kalifats“ durch den sogenannten Islamischen Staat (IS) am 29. Juni 2014. Dieses Ereignis ist aus mehreren Gründen von größter Bedeutung:

1. Erstmals kam es damit zum offenen Bruch innerhalb der jihadistischen Bewegung. Al-Qaida und der „Islamische Staat“ reklamieren beide den „wahren Islam“ für sich alleine, sie unterschieden sich jedoch grundlegend darin, wie und wann die Etablierung der „Herrschaft des wahren Islam“ anzustreben und zu realisieren sei.
2. Dem IS gelang es sowohl propagandistisch als auch militärisch, den Charakter der Auseinandersetzungen in Syrien vollständig zu usurpieren und zu verändern. Stand am Anfang der nationale Kampf gegen das Assad-Regime und für ein frei(er)es Syrien, kam es spätestens mit der Ausrufung des „Kalifats“ zu einer Internationalisierung des Konflikts und der ausschließlichen Konzentrierung auf die Bekämpfung des IS. Die militärische Niederlage des IS führte jedoch nicht dazu, dass sich die politische Situation in Syrien gegenüber dem Zeitraum vor Beginn des Bürgerkrieges, 2011, verbessert hätte.
3. Der Aufstieg des IS setzte einen bislang beispiellosen Zustrom von *Foreign Terrorist Fighters* und anderen Anhängern in das „Kalifat“ in Gang. Mit dessen Folgen – der Rückkehr von vor allem Frauen und Kindern in ihre Herkunftsländer – werden sich viele Staaten auch in Europa noch lange Jahre auseinandersetzen müssen.
4. Der IS war – und ist – durch seine Ideologie und seine operativen Fähigkeiten und die im sympathisierenden Milieu freigesetzten Dynamiken (Einzeltäterinspiration) in der Lage, zahlreiche Anschläge auch im „Westen“ zu begehen bzw. begehen zu lassen und damit nicht nur sicherheitspolitische Überlegungen, sondern auch das gesellschaftliche Klima hier nachhaltig zu beeinflussen.

2. Wie haben sich zentrale islamistische Strömungen in Deutschland mit Blick auf ihr Personen- und Gewaltpotential entwickelt?
- Wie ordnet sich die Entwicklung in Deutschland ein in die Entwicklungen in den europäischen Partnerländern?
 - Wie sind islamistische Strömungen in Deutschland eingebunden in internationale Netzwerke?
 - Welche Unterstützung erfahren islamistische Strömungen in Deutschland und Europa aus anderen Staaten?

Der Salafismus ist nach wie vor die am stärksten wachsende islamistische Strömung in Deutschland. Das Personenpotential salafistischer Bestrebungen in Deutschland ist von mindestens 4.500 Personen im Jahr 2012 auf ca. 11.000 Personen im März 2018 angewachsen. Dieses Personenpotential wird von den Landesbehörden für Verfassungsschutz erhoben und dem Bundesamt mitgeteilt.

Wie auch die Ausreisen aus Deutschland in das „Kalifat“ des IS klar gezeigt haben, ist der sogenannte politische Salafismus das wesentliche Rekrutierungsfeld für den Jihadismus. Fast alle, die nach Syrien oder in den Irak ausgereist sind, waren zuvor in der salafistischen Szene aktiv oder hatten zumindest Kontakte dorthin.

Die nach den gewaltsamen Ausschreitungen in Solingen und Bonn im Mai 2012 befürchtete weitere Eskalation der Gewalt zwischen Salafisten auf der einen und „Islam-Gegnern“ auf der anderen Seite, mit der Polizei dazwischen, blieb aus. Eine Zunahme salafistisch motivierter Straßengewalt konnte in Deutschland nicht verzeichnet werden. Ein möglicher Grund für das bisherige Ausbleiben einer Gewalteskalation in Deutschland ist der Krieg in Syrien, der bislang alle anderen potentiellen Aktionsfelder überlagerte: Zahlreiche Jihadisten und gewaltbereite oder zumindest gewaltgeneigte Salafisten zogen es vor, nach Syrien zu reisen und sich dort, meist auf Seiten des IS, dem Jihad anzuschließen.

Dieses Phänomen konnte auch in anderen europäischen Staaten beobachtet werden. Alle Staaten, aus denen in größerer Zahl Personen ausreisten, um sich dem IS anzuschließen – und damit auch Deutschland –, stehen nun, nach der militärischen Niederlage des IS, vor der Herausforderung, mit Zurückkehrenden (Männer, Frauen und Kinder/Jugendliche) umgehen zu müssen. Diese Herausforderung, zu der auch das unter dem Schlagwort „jihadistische Sozialisation“ gefasste Phänomen zählt, wird vielschichtig und langanhaltend sein.

Wie andere islamistische Strömungen erfahren auch Salafisten in Deutschland vor allem ideologische Unterstützung aus dem Ausland. Zum einen durch sogenannte Reiseprediger aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland, die auf Einladung lokaler Moscheegemeinden nach Deutschland kommen und sich oftmals radikaler äußern als ihre deutschen Pendanten. Zum anderen auch durch salafistische Publikationen, die im Ausland ins Deutsche übersetzt, veröffentlicht und nach Deutschland versandt werden. Ebenfalls dem Bereich ideologische Unterstützung können die zahlreichen, im Ausland gehosteten deutsch- oder fremdsprachigen Internetangebote zugerechnet werden, die sich (auch) an Personen in Deutschland richten.

In Einzelfällen sind auch finanzielle Unterstützungsleistungen aus dem Ausland, z.B. zum Erwerb von Immobilien, bekannt.

Da die Zuständigkeiten und Befugnisse der Nachrichtendienste in den verschiedenen europäischen Staaten sehr unterschiedlich sind, ist es nicht möglich, über den Austausch mit Partnerdiensten ein vergleichendes Bild des Salafismus in Europa zu erhalten. Ein Beispiel: während der sogenannte „politische Salafismus“, d.h. die nicht ausschließlich gewaltbefürwortende Variante dieser Ideologie, von deutschen Verfassungsschutzbehörden qua gesetzlichem Auftrag und unterstützt von politischem Interesse bearbeitet wird, hat etwa der britische Inlandsnachrichtendienst keine gesetzliche Befugnis dafür, sich mit diesem Phänomen zu beschäftigen und verfügt dementsprechend auch über keine Erkenntnisse zur Szene der „politischen Salafisten in Großbritannien.

3. Welche Ausgangsbedingungen begünstigen organisierten gewaltbereiten Islamismus und Radikalisierungsprozesse?

- Hinsichtlich der Persönlichkeit potentieller Anhänger oder Aktiver
- Hinsichtlich der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation
- Hinsichtlich von Kommunikationswegen (Internet und elektronische Kommunikation, Schriften und Musik; Umfeld bestimmter Moscheen)
- Hinsichtlich der Zuwanderung von Menschen aus muslimisch geprägten Ländern
- Hinsichtlich der Finanzierung

Der Salafismus ist eine fundamentalistische islamistische Ideologie und zugleich eine extremistische moderne Gegenkultur mit einem alternativen Lebensstil mit markanten Alleinstellungsmerkmalen (Ideologie, Kleidung und Sprache). Salafismus will eine eingeschworene Gemeinschaft mit intensivem Zusammengehörigkeitsgefühl erzeugen. Dies zieht insbesondere Personen an, die sich von der Mehrheitsgesellschaft marginalisiert fühlen. Gerade ungefestigte Personen, die auf der Suche nach dem Sinn ihres Lebens, nach Orientierung und Sicherheit sind, werden durch das einfache, aber rigide salafistische Regelwerk angesprochen, welches das tägliche Leben bis in die Details hinein bestimmt. Durch die Zugehörigkeit zum Salafismus wird der/die Einzelne zum Teil einer Elite, zum Vorkämpfer des „wahren Islam“, ausgezeichnet durch seine/ihre moralische Überlegenheit gegenüber einer Welt des Verdorbenen und ausgestattet mit der Gewissheit, nach dem Tod ins Paradies einzuziehen.

Salafisten grenzen sich von allen anderen Gläubigen – Muslimen oder Nicht-Muslimen – und natürlich von allen „Ungläubigen“ scharf ab. Intern proklamieren sie dagegen im Rahmen ihres Islamverständnisses „Gleichheit“. Diese „Gleichheit“ bedeutet, dass alle Parameter, die im vor-salafistischen Leben einer Person eine Rolle spielten – z.B. Nationalität, Migrationshintergrund, soziale Herkunft, wirtschaftliche Situation, Lebenswandel, Religionszugehörigkeit, Kriminalität – nach der Konversion zum Salafismus „gelöscht“ sind und keine Relevanz mehr haben. Der Salafismus bietet somit eine Art „Neustart“. Das erklärt auch, weshalb der Salafismus für sehr unterschiedliche Personen attraktiv ist, sowohl für Gymnasiastinnen aus Kleinstädten als auch für bildungsferne Kleinkriminelle aus dem Großstadtdschungel und auch für sinnsuchende Konvertiten vom flachen Land. Sie alle verbinden Salafismus mit Sinn, der gottgefällig ist und damit auch ewiges Leben verheißt.

Das von Salafisten praktizierte Ausklammern und Zurückweisen alles Anderen führt fast zwangsläufig zu Denk- und Wahrnehmungsblockaden. Anders ist es kaum zu erklären, dass beispielsweise Frauen, die mit einem jihadistischen Kämpfer verheiratet waren und lange im „Kalifat“ des IS gelebt haben, nach ihrer Rückkehr nach Deutschland behaupten, sie hätten keine Kenntnis von Gräueltaten egal welcher Art. Wer sich mit Kopf und Herz dem Salafismus verschrieben hat, ist für die freiheitliche demokratische Grundordnung verloren. Soll er oder sie (wieder) für die fdGO gewonnen werden, muss zuerst versucht werden, das abgeschottete Ideologiekonstrukt des Salafismus „aufzubrechen“ und alternative Lebens- und Glaubensentwürfe aufzuzeigen. Das zu erreichen, ist primäres Ziel der Deradikalisierungsarbeit.

Mehr noch als andere islamistische Gruppierungen nutzen auch salafistische Akteure die Möglichkeiten des Internets für Propaganda und Kommunikation. Von besonderer Relevanz hierbei sind die sogenannten sozialen Medien. Die salafistischen Angebote sind professionell gemacht, sie sind technisch und von der Aufbereitung her auf der Höhe der Zeit und sie bedienen sehr unterschiedliche Erwartungen und Bedürfnisse, von Geborgenheit über Gerechtigkeit bis zu Gewalt, die vor allem für die Zielgruppe junger Menschen als attraktiv und anziehend angenommen werden. Die salafistische Propaganda bedient sich zwar auch noch der Schriftform (Texte, die aus dem Internet herunterladbar sind), es überwiegen jedoch im Internet eingestellte Audios und Videos, die vor allem über die sozialen Medien geteilt und verbreitet werden.

Ein grundlegendes Narrativ salafistischer Propaganda sowohl im Internet als auch in der Realwelt ist die „Ungerechtigkeit der Welt“ gegenüber „den Muslimen“ und damit „dem Islam“, die es zu erkennen und zu erkennen geben gilt und gegen die vorzugehen ist.

Mit ihrer „Botschaft“ richten sich islamistische Gruppierungen in Deutschland, vor allem Salafisten, auch an Flüchtlinge. Sie besuchen zu diesem Zweck Flüchtlingsunterkünfte und bieten Unterstützungsleistungen an, so z.B. Seelsorge oder Essens- und Kleiderspenden. Zielgruppe sind nicht nur erwachsene Flüchtlinge, sondern auch minderjährige Schutzsuchende, die ohne Begleitung ihrer Eltern nach Deutschland eingereist sind. Die Ansprache unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge dürfte in dem Bewusstsein erfolgen, dass dieser Personenkreis aufgrund des fehlenden familiären Umfelds und geringer Lebenserfahrung in einer zunächst fremden Gesellschaft positiver auf soziale Kontakt- und Unterstützungsangebote reagiert als erwachsene Migranten.

Die Verfassungsschutzbehörden beobachten, dass islamistische Gruppierungen im Rahmen ihrer „Hilfsleistungen“ versuchen, Flüchtlinge für ihre extremistische Agenda

zu werben und zu rekrutieren, sie dadurch zu radikalieren und möglicherweise sogar zu Gewalthandlungen anzustacheln. Ob diese Bestrebungen erfolgreich sein werden, wird maßgeblich auch davon abhängen, dass es gelingt, Flüchtlinge davon zu überzeugen, dass das Leben in der pluralistischen Gesellschaft in Deutschland auch für sie lebenswert ist.

Außerdem gehen deutsche Sicherheitsbehörden davon aus, dass auch Sympathisanten bzw. Mitglieder extremistischer oder terroristischer Organisationen als Flüchtlinge getarnt nach Deutschland eingereist sind. Die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder erhielten bislang eine Vielzahl an Hinweisen, wonach Islamisten die Flüchtlingsbewegungen zur Einreise nach Deutschland bereits genutzt haben bzw. noch nutzen.

4. Welche Ansätze und Konzepte sind mit Blick auf islamistische Strömungen und insbesondere organisierten gewaltbereiten Islamismus – für Staat wie Zivilgesellschaft – beispielhaft erfolgversprechend zur Prävention sowie zur Deradikalisierung und Unterstützung des Aussteigens?

Die AG „Deradikalisierung“ des Gemeinsamen Terrorismus Abwehrzentrums (GTAZ) bietet seit ihrer Gründung 2009 eine Plattform zum Austausch der Sicherheitsbehörden und anderer staatlicher Stellen über Themen, Methoden und Praxis der Arbeit im Bereich Deradikalisierung und Prävention. Einer der wesentlichen Erfolge der AG war die Erarbeitung eines sogenannten Modellkonzepts, in dem wesentliche Akteure, unerlässliche und mögliche Organisationsstrukturen sowie personelle und methodische Standards für die Arbeit in diesem Bereich aufgezeigt wurden. Dieses Modellkonzept wurde mittlerweile von fast allen Bundesländern aufgegriffen, an die jeweiligen Bedingungen angepasst und in der Praxis implementiert. Die Rolle, die die Verfassungsschutzbehörden dabei spielen, ist unterschiedlich. Während für manche Landesbehörden für Verfassungsschutz Prävention und Deradikalisierung inzwischen als gesetzliche Aufgabe formuliert ist, hat das BfV selbst bis heute dafür keine Zuständigkeit.

Der Kreis der an der GTAZ AG „Deradikalisierung“ teilnehmenden Behörden ist seit deren Gründung deutlich größer geworden, inzwischen sind auch zahlreiche Nicht-Sicherheitsbehörden (z.B. aus den Bereichen Innen, Familie und Soziales sowie Justiz) vertreten. Diese Entwicklung spiegelt den zu Recht vorgebrachten Anspruch wieder, dass Prävention und Deradikalisierung von Extremismus, mithin auch Islamismus, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

Die Erfahrung der GTAZ AG „Deradikalisierung“ zeigt vor allem viererlei:

1. Sicherheitsbehörden waren für die konzeptionelle Arbeit in der Frühphase der AG zwar unerlässlich, sie spielen jedoch bei der Umsetzung konkreter Maßnahmen nur eine Hintergrundrolle. Das auch deshalb, weil ihre Akzeptanz bei den Zielgruppen der Maßnahmen – radikalierungsgefährdete oder bereits radikalisierte, meist junge Menschen – niedriger ist als die anderer Akteure.
2. Konkrete Präventions- und Deradikalisierungsarbeit findet im lokalen oder regionalen Rahmen statt. Nur durch die Kenntnis der Situation vor Ort und die möglichst unmittelbare Anbindung daran, kann sie erfolgreich sein. Die Sicherheitsbehörden des Bundes, zumal das BfV, haben diesen Zugang gar nicht oder nur in unzureichendem Maße.

3. Präventions- und Deradikalisierungsarbeit braucht neben staatlichen Einrichtungen auch zivilgesellschaftliche Akteure. Der geregelte und vertrauensvolle Austausch zwischen staatlichen Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren ist für die Arbeit unerlässlich und trägt maßgeblich zu deren Erfolg bei.
4. Präventions- und Deradikalisierungsarbeit ist zwingend länger- bis langfristig angelegt. Ihre personelle und finanzielle Ausstattung – sowohl auf staatlicher als auch auf zivilgesellschaftlicher Seite – muss daher ebenfalls länger- bis langfristig gesichert sein.